

## **BAG-S Newsletter vom 30.01.2026**

### **Save the Date:**

### **200 Jahre Straffälligenhilfe – Engagement für Wiedereingliederung und neue Perspektiven**

### **BAG-S Bundestagung vom 23. bis 24. November 2026 in Erfurt**

Vor 200 Jahren gründete der Pfarrer Theodor Fliedner in Düsseldorf die erste zivilgesellschaftliche Organisation in Deutschland, die Menschen nach ihrer Haftentlassung bei der Wiedereingliederung unterstützte: die „Rheinisch-Westfälische Gefängnisgesellschaft“. Die Initiative entstand aus der Einsicht, dass es leicht ist, Menschen auszugrenzen, es jedoch wesentlich anspruchsvoller ist, ihnen den Weg zurück in die Gesellschaft zu eröffnen. Die Erkenntnis, dass straffällig gewordene Menschen beim Übergang aus der Haft Unterstützung benötigen, prägt bis heute die Arbeit der Straffälligenhilfe. Und auch wenn sich die Bedingungen im Strafvollzug als auch die Angebote der Straffälligenhilfe seither grundlegend verändert haben, gilt weiterhin: Der Übergang von der Haft in die Freiheit stellt für die Betroffenen eine erhebliche Herausforderung dar und sollte durch passende Unterstützungsangebote begleitet werden.

Die Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe (BAG-S), die am 23. und 24. November 2026 in Erfurt stattfindet, lädt Sie ein, aktuelle Fragen der Straffälligenhilfe zu diskutieren.

Wie kann in diesen gesellschaftlich unruhigen Zeiten weiterhin professionelle Unterstützung bei der Wiedereingliederung straffällig gewordener Menschen gewährleistet werden? Wie können sich Akteure vernetzen, um über Ländergrenzen hinweg voneinander zu lernen und zu profitieren? Welche Bedingungen sind für eine professionelle Arbeit zu gewährleisten?

Neben Vorträgen zu übergreifenden Themen bieten praxisnahe Workshops Raum für den Austausch der Teilnehmenden zu konkreten Fragen der aktuellen Straffälligenhilfe. Wir wünschen uns, dass Sie die Tagung mit spannendem fachlichen Input, neuen Kontakten und frischen Ideen verlassen und hoch motiviert in Ihren Arbeitsalltag zurückkehren – wenn auch vielleicht nicht für die nächsten 200 Jahre, so doch zumindest für die nächsten anstehenden Aufgaben.

Wir freuen uns darauf, Sie in Erfurt begrüßen zu dürfen! Das Programm und die Anmeldemöglichkeit werden wir bald veröffentlichen. Der Besuch des Weihnachtsmarktes ist bereits eingeplant.

## **BAG-S: Stellungnahme zum Gesetzentwurf in Bremen**

Die Senatorin für Justiz und Verfassung in Bremen hat einen „Entwurf des Gesetzes zur Anpassung der Gefangenenvergütung in den bremischen Vollzugsgesetzen“ vorgelegt. Ausgangspunkt ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Arbeitsentlohnung von Strafgefangenen. Dementsprechend befasst sich der Entwurf im Wesentlichen mit der Gefangenenarbeit und deren Entlohnung. Die wesentliche Änderung ist auch hier die Anhebung der Eckvergütung auf 15 %.

Die BAG-S hat eine detaillierte Stellungnahme zum Entwurf verfasst.

[Mehr lesen](#)

---

## **BAG-S: Neue Grundsicherung gefährdet soziale Teilhabe von haftentlassenen Menschen**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe (BAG-S) kritisiert den Entwurf des Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des SGB II scharf, mit dem das bisherige Bürgergeld zu einer „neuen Grundsicherung“ umgebaut werden soll. Verschärfte Sanktionen bis hin zum vollständigen Leistungsentzug und gedeckelte Unterkunftskosten erhöhen die Risiken für Wohnungslosigkeit, Überschuldung und gesundheitliche Krisen von haftentlassenen Menschen.

Die BAG-S fordert den Deutschen Bundestag auf, ein unantastbares Existenzminimum sicherzustellen. Es braucht passgenaue Fördermaßnahmen, individuelle Beratung, den Erhalt von Wohnraum auch während Haft- und Therapiezeiten sowie die Ausrichtung der Jobcenter auf nachhaltige Hilfe statt kurzfristiger Vermittlungserfolge.

[Zur Pressemitteilung](#)

---

## **Gesundheitliche Versorgung von Frauen\* in Haft**

Wie steht es um die gesundheitliche Versorgung von Frauen\* in Haft – und wo liegen besondere Herausforderungen? Frauen\* im Strafvollzug haben häufig komplexe gesundheitliche Bedarfe, die sich von denen männlich gelesener inhaftierter Personen unterscheiden. Dazu zählen etwa unterschiedliche körperliche Voraussetzungen, geschlechtsspezifische Gesundheitsrisiken, aber auch strukturelle Hürden im Zugang zu medizinischer Versorgung.

Der Fachausschuss Frauen der BAG-S möchte im Jahr 2026 mit verschiedenen Veranstaltungen das Thema der frauenspezifischen Straffälligenhilfe wieder stärker in den Fokus rücken. Die erste digitale Veranstaltung mit dem Thema „Gesundheitliche Versorgung von Frauen\* in Haft“ findet statt am 22. April 2026.

[Mehr Informationen und Anmeldung](#)

---

### **Entwicklung im Strafvollzug im ersten Halbjahr 2025**

Das Statistische Bundesamt hat die Belegungszahlen für das erste Halbjahr 2025 veröffentlicht. Die BAG-S hat sie ausgewertet. Demnach ist eine weitere, wenn auch sehr leichte Steigerung der durchschnittlichen Belegung zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr waren durchschnittlich 60.000 Menschen inhaftiert. Dies entspricht einem Anstieg von einem Prozent im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 2024, liegt jedoch noch sieben Prozent unter der Belegung im Jahr 2019, also vor der Corona-Pandemie.

Einen weiteren Anstieg gibt es insbesondere in der Untersuchungshaft. Dagegen nimmt die Belegung im offenen Vollzug weiter ab.

[Mehr lesen](#)

---

### **Bayern plant Richtervorbehalt bei Unterbringung in besonders gesicherten Hafträumen**

Seit Bedienstete der JVA Gablingen im Jahr 2024 wegen Gewaltvorfällen angeklagt wurden und eine ehemalige Ärztin der JVA Gablingen öffentlich von „Foltermethoden“ in der Anstalt gesprochen hatte, wird laut Informationen des Bayerischen Rundfunks aktuell in 150 Verdachtsfällen gegen 18 Bedienstete ermittelt. Als Folge des Gablinger JVA-Skandals kündigte der bayerische Justizminister Georg Eisenreich (CSU) jetzt ein Gesetzespaket mit Reformmaßnahmen an. Unter anderem soll die Unterbringung in den besonders gesicherten Hafträumen (bgH) zukünftig unter Richtervorbehalt gestellt werden.

[Mehr lesen](#)

## **Tod in Haft: Schwerkranke Person stirbt während Ersatzfreiheitsstrafe**

DER SPIEGEL berichtet über den Tod des schwerkranken 32-jährigen Yacouba Z. Anfang Oktober 2025. Inhaftiert war er aufgrund einer nicht bezahlten Geldstrafe von 1.800 Euro in der JVA Uelzen (Niedersachsen). Er litt unter schwerer Niereninsuffizienz und Herzproblemen sowie Hepatitis und war dreimal wöchentlich auf Dialyse angewiesen. Während seiner Inhaftierung wirkte er laut dem Personal der Anstalt apathisch, verweigerte teilweise die Nahrung und auch die Dialyse. Er starb an akutem Nierenversagen. Die Anwältin, die die Familie des Toten vertritt, erhebt schwere Vorwürfe gegen die Anstalt. Laut dem Bericht ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die Anstaltsärztin wegen fahrlässiger Tötung.

[Mehr lesen](#)

---

## **CPT veröffentlicht aktualisierte Standards zur Gesundheitsversorgung im Gefängnis**

Das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) legt umfassende Mindeststandards für die Gesundheitsversorgung in Haft fest und betont, dass Gefangene das gleiche Versorgungsniveau wie Menschen in Freiheit erhalten sollen. Das CPT versteht Gesundheitsversorgung als zentralen Bestandteil des Menschenrechtsschutzes im Gefängnis, insbesondere zur Verhütung von Folter und Misshandlung.

[Mehr lesen](#)

---

## **DVJJ kritisiert die Vorschläge für ein neues Strafverfahren bei strafunmündigen Kindern**

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ) bezeichnet die aktuellen Vorschläge der CSU, für unter 14-Jährige ein sogenanntes „Verantwortungsverfahren“ einzuführen, als bürokratischen Irrweg. Der richtige Weg sei vielmehr eine massive Stärkung von Jugendhilfe, Familie, Schule und psychologischer Versorgung.

[Mehr lesen](#)

## **Global Prison Nursery Network veröffentlicht Länderbericht aus Deutschland**

Die BAG-S e.V. kooperiert mit der Organisation Children of incarcerated Caregivers (CIC). CIC ist eine gemeinnützige Initiative mit Sitz in den USA, die sich für das Wohl von Kindern einsetzt, deren Eltern inhaftiert sind oder in anderer Weise vom Strafrechtssystem betroffen sind. Sie untersucht regelmäßig Programme aus unterschiedlichen Ländern, die die Themen Strafvollzug, Elternschaft und frühe Kindheit betreffen. Dabei werden Gesetze, Richtlinien und praktische Umsetzungsmodelle analysiert. Die Ergebnisse werden in länderspezifischen Global Prison Nursery Reports veröffentlicht, die dazu beitragen, internationale Erkenntnisse und bewährte Ansätze sichtbar zu machen. Der nun veröffentlichte Deutschland-Bericht basiert maßgeblich auf den Ergebnissen zum Mutter-Kind-Vollzug, die die BAG-S Ende 2024 herausgegeben hat.

[Mehr lesen](#)

---

## **Artikel zum Stand der Digitalisierung im Strafvollzug**

In einem Artikel der taz wird beschrieben, dass die Digitalisierung in deutschen Gefängnissen nur sehr schleppend vorankommt und gedruckte Zeitungen für Inhaftierte weiterhin eine zentrale Informationsquelle und ein wichtiges Mittel zur Resozialisierung sind. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2025 spielte das Internet mit nur 2,7 Prozent kaum eine Rolle. Aktuell gibt es Bemühungen, die Digitalisierung im Vollzug voranzutreiben. Hierbei handelt es sich jedoch um regionale Einzellösungen. Erwartet wird aber im Frühjahr 2026 eine Vorlage für eine länderübergreifende Digitalstrategie. Diese hatte der E-Justice-Rat, ein gemeinsames Gremium von Bund und Ländern, von dem Strafvollzugausschuss und der Bund-Länder-Kommission für Informationstechnik in der Justiz im April 2025 angefordert.

[Zum Beitrag der taz](#)

---

## **Leitfaden zur Unterbringung wohnungsloser Menschen**

Das Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung hat einen Leitfaden für die Unterbringung wohnungsloser Menschen veröffentlicht. Dieser soll Städten und Gemeinden als Orientierung dienen. Es wird empfohlen über die Mindestanforderungen hinauszugehen und in der Unterbringung möglichst integrationsfördernde Bedingungen zu schaffen. Zudem beleuchtet der Leitfaden die individuellen sozialrechtlichen

Leistungsansprüche der untergebrachten Menschen und deren Anspruchsvoraussetzungen.

Der Leitfaden ist im Rahmen des "Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit" entstanden.

### [Zum Leitfaden](#)

---

### **Fachtag Wohnungslosenhilfe: Stigmatisierung und Ausgrenzung von Menschen in Armutslagen**

Der Deutsche Caritasverband veranstaltet vom 20. bis 22. April 2026 in Köln die Fachtage Wohnungslosenhilfe. Mit der Fachtagung sollen die Mechanismen sozialer Ausgrenzung in den Blick genommen und gemeinsam Ideen entwickelt werden, die Teilhabe zu ermöglichen. Die Tagung versteht sich als Raum für fachlichen Austausch, Reflexion und gemeinsame Verantwortung. Fachkräfte aus Praxis, Wissenschaft und Politik diskutieren aktuelle Erkenntnisse, Erfahrungen und Handlungsstrategien im Umgang mit Armut und Wohnungslosigkeit mit dem Ziel, Armut und Wohnungslosigkeit nicht nur zu lindern, sondern strukturell zu überwinden.

Die Anmeldung ist gestartet und ein Programm veröffentlicht.

### [Programm und Anmeldung](#)